

Die „Welt“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 20,- M. im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 25,00 M. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Einschluss des Postens für Deutschland und Österreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M. In Belgien, Holland, Dänemark, per Brief für Deutschland und Österreich 30,- M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 30a.

Die achtgrößten Hauptausgaben über deren Raum kostet 5,- M. einschließlich Leverageaufschlag. Kleine Ausgaben: Das festgedruckte Wort 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Leverageaufschlag. Druck der Ausgaben laut Tarif. Familien-Ausgaben und Stellen-Angebote 3,20 M. netto pro Seite. Stellen-Angebote in Wort-Ausgaben: das festgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Fernsprecher: Zentrum 2030, 2045, 4510 4603, 4635, 4648, 4921.

WELT

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Polen und Sowjet-Rußland

Die Bedingungen der Entente.

Paris, 12. Juli.

Dem „Journal des Debats“ zufolge wird aus Spaa gemeldet, der Oberste Rat hat sich verpflichtet, unter folgenden Bedingungen zwischen Polen und Sowjetrußland zu vermitteln: Polen solle dem Obersten Rat unter Verzicht auf jeden imperialistischen Plan bedingungslos die Grenzsetzung, auch die Entschcheidung hinsichtlich Danzigs und Teschen überlassen. Die polnischen Truppen sollen sich auf die Linie Grodno—Brest-Litowsk zurückziehen, die Sowjettruppen bis zu einer Linie 50 Kilometer davon entfernt, vorrücken. Die Alliierten würden jedoch Polen unterstützen, falls die roten Truppen die eigentliche polnische Grenze überschreiten sollten.

Die Friedenskonferenz solle in London zusammentreten. An ihr sollen teilnehmen: Sowjetrußland, Polen, Finnland, Litauen, Westgalizien, das die Möglichkeit haben soll, das Recht auf Unabhängigkeit geltend zu machen.

Noch keine russische Antwort

Amsterdam, 13. Juli.

Der „Times“-Korrespondent meldet aus Spaa, daß bisher keine Antwort auf das von der englischen Regierung am Sonnabend nach Moskau gesandte Telegramm, betreffend einen Waffenstillstand zwischen Rußland und Polen, eingegangen ist.

Kopenhagen, 12. Juli.

Nach einem Telegramm aus Warschau teilt der polnische Heeresbericht mit: Unter dem Druck der feindlichen Truppen sind unsere Streitkräfte hartnäckig kämpfend an der Berezina-Linie zurückgegangen. Die Bolschewiken haben Smosjowice besetzt. In der Gegend von Minol dauern die Kämpfe an. Der Feind besetzt Sarau. In Podolien haben sich unsere Truppen zurückgezogen.

Amsterdam, 12. Juli.

„Times“ meldet aus Warschau: Polen spannt augenblicklich alle seine Kräfte an, um seine Verteidigung gegen die Bolschewiken zu organisieren. Gerüchte über eine Revolution in Warschau sind unbegründet. Es finden lediglich Kundgebungen gegen eine vorzeitige Volksabstimmung in Oberschlesien statt. Ungefähr eine halbe Million Personen beiderlei Geschlechts haben sich freiwillig für Kriegsarbeiten gemeldet, davon sind 100 000

feldtauglich. Die Polizei in Warschau hat sich geschlossen zum Dienst an der Front gemeldet. Die Schuhmacher in Warschau haben ein Regiment gebildet.

Die englisch-russische Verständigung.

London, 12. Juli.

Unterhaus. In Erwiderung auf eine Anfrage sagte Bonar Law: Die Sowjetregierung hat die von der englischen Regierung aufgestellten Bedingungen angenommen. Demzufolge ist eine Verständigung über die Grundlagen für die Besprechungen wegen des Handelsverkehrs erreicht worden. Die englische Regierung hat nach den Besprechungen mit den Alliierten und, wie ich höre, mit deren Zustimmung der Sowjetregierung vorgeschlagen, einen sofortigen Waffenstillstand unter geeigneten Bedingungen mit Polen abzuschließen, dem eine Friedenskonferenz zwischen Rußland und den Randstaaten folgen würde.

Rinsoch Cooke fragte: „Heißt das, daß die Sowjetregierung anerkannt worden ist?“ Bonar Law erwiderte: „Nein!“ Kenworth sagte, es ist doch der Fall. Wedgwood Bonerklärte, die englische Regierung drohte damit, eine bewaffnete Streitmacht auszusenden für den Fall, daß die russische Regierung sich nicht willfährig erweist.

Bonar Law antwortete: „Ich glaube nicht, daß es richtig wäre, zu verlangen, Einzelheiten unserer Mitteilung an Rußland bekanntzugeben. Die Mitteilung wird im geeigneten Zeitpunkt veröffentlicht werden.“ In Erwiderung auf weitere Fragen über diese Angelegenheit machte Bonar Law die Bemerkung, es wäre besser, abzuwarten, ob die Sowjetregierung das vorgeschlagene Verfahren nicht annehme.

Völkerbundrat und Aalandsfrage

London, 13. Juli.

Im King James-Palast wurde gestern eine öffentliche Sitzung des Völkerbundes abgehalten, in der die Aalandsfrage behandelt wurde. Branting vertrat Schweden, Enckel Finnland. Balfour bemerkte, daß Finnland zwar noch nicht Mitglied des Völkerbundes sei, aber bereits um seinen Beitritt ersucht habe. Der Rat beschloß, die Frage der Aalandsinseln drei internationalen Juristen zu übertragen. Diese sollen die Frage nach folgenden Gesichtspunkten behandeln und darüber Bericht erstatten: 1. Ist die Frage der Aalandsinseln eine Angelegenheit, die zu der finnländischen Rechtsprechung gehört, 2. wie ist der gegenwärtige Stand der Dinge und welches sind die internationalen Verpflichtungen bezüglich der Entmilitarisierung der Aalandsinseln?

den deutschen Vertretern dargestellt. Aber auch in dieser Frage hat man sich einander überraschend genähert. Es sind Faktoren zugunsten einer Verständigung da, die für das bloße Auge nicht recht sichtbar sind. Mein Eindruck geht dahin, daß auch Holland nicht einmal Klage hat, allzu pessimistisch bezüglich der Hoffnung zu sein, noch Kohlen von Deutschland zu erhalten.

Der Standpunkt der beiden Parteien in der Kohlenlieferungsfrage hat sich seit vorgestern bedeutend verändert. In der Konferenz der Ministerpräsidenten erklärten sich gestern die Ententevertreter bereit, Maßnahmen für die Ernährung der Arbeiter in den Kohlenbezirken zu treffen. Diese Bereitwilligkeit hat die deutschen Vertreter mit großer Hoffnung erfüllt. Sie glauben, daß eine gute Ernährung der Grubenarbeiter Deutschland in die Lage versetzen würde, der Entente monatlich 300 000 Tonnen Kohle mehr abzuliefern. Das deutsche Angebot bewegt sich in folgender Richtung: Es wird mit der Lieferung von 1 100 000 Tonnen monatlich begonnen, sobald die Ernährung im Ruhrgebiet mit Hilfe der Entente ausreichend geworden ist, soll die Lieferung auf 1 400 000 Tonnen erhöht werden. Ferner erwartet man deutscherseits eine künftige Zunahme der Erzeugung durch das Anwachsen der Arbeiterzahl und glaubt, nach einem Jahr imstande zu sein, 1 700 000 Tonnen monatlich zu liefern. Die Entente beansprucht dagegen eine monatliche Lieferung von 2 Millionen Tonnen. Es besteht also ein ziemlicher Unterschied, der aber nicht groß genug ist, um einen Bruch zu rechtfertigen.

Bei der Entente scheinen Meinungsverschiedenheiten über die Verteilung der Kohlen zu bestehen. Die Franzosen verlangen ein Vorkaufsrecht vor den Belgiern und Italienern. Damit sind diese wieder nicht einverstanden. Es wird erzählt, daß Stinnes der Mann gewesen sei, der den Anstoß zu der um so viel größeren Nachfragebereitschaft gegeben habe. Die Rolle von Stinnes hat in dieser Zeit etwas Besondere. Im großen und ganzen kann man sagen, daß die Lage sich viel gebessert hat und daß man auf dem Wege scheint, durch praktische Verhandlungen und dadurch, daß man beide Parteien zugunsten praktischer Interessen reden läßt, eine freundschaftliche Regelung zu finden.

Der Korrespondent berichtet dann weiter, man werde jetzt wohl ein Mittel finden, um Belgien die 24 Milliarden zukommen zu lassen, die es als Vorkauf für den Schadenersatz erhalten soll. Man sprach gestern unter den Alliierten über eine Finanzoperation für die Beschaffung dieses Geldes für Belgien.

Die Aussichten in Spaa

H. N. Spaa, 13. Juli.

Gestern Abend fand, so drachtet der Berichterstatter des „Nieuwe Rotterdamse Courant“, herrschte in Spaa wieder Optimismus. Im Laufe des Tages sind die Parteien einander näher gekommen. Millerand hatte Dr. Simons eingeladen, am zehn Uhr zu einer Besprechung zu ihm zu kommen. Von dieser Tatsache erwarteten die Deutschen von Anfang an Gutes. Der Besuch wurde auch allenthalben als eine Sensation angesehen, und das war er auch wirklich. In dieser Unterredung wurde vereinbart, daß mittags eine Konferenz stattfinden sollte, an der nur die Führer der Delegationen, Millerand, Lloyd George, Fechenbach und Simons teilnehmen sollten. Diese Konferenz hat dann sehr erfreuliche Ergebnisse gezeitigt. Man hat beschlossen, in der Wiedergutmachungsfrage Wege zu beschreiten, die sicherer zu einem Erfolge führen müssen als die großangelegten Verhandlungen in der Konferenz. Auf beiden Seiten sieht man ein, daß, wenn die eine Partei ihre Forderungen und die andere ihre Angebote bekanntgibt, der Unterschied immer so groß ist, daß eine Regelung fast unmöglich erscheinen muß. Deshalb beginnt man nun damit, die Sachverständigen beider Parteien miteinander beraten zu lassen. Diese können dann gemeinschaftlich die Forderungen festlegen, ohne daß die Öffentlichkeit durch den Unterschied zwischen Forderungen und Angebot erschreckt wird. Man glaubt, so rasch zu einem Erfolge zu gelangen, daß die Konferenz noch die Ergebnisse dieser Besprechungen abwarten kann. Dies ist zwar eine etwas sehr optimistische Auffassung, aber sie ist auch gleichzeitig ein Beweis für das dringende Bedürfnis bei der Entente, zu einer Regelung zu gelangen. Man scheint fest entschlossen, eine endgültige Regelung zu handzuhaben.

In beiden Lagern herrschte gestern Abend eine große Freundlichkeit, obwohl man bei der Entente vielfach die Bemerkung hörte, daß die Deutschen einen großen Erfolg erzielt hätten. Gestern morgen hieß es noch, daß die Konferenz jedenfalls am Abend abgebrochen werden würde. Bei der Entente herrschte vermutlich eine andere Auffassung. Man wußte, daß die Engländer ungeduldig waren und auch die Belgier drängten auf eine Regelung. Schon am Sonntag ist dies deutlich in der Erscheinung getreten. Die Engländer und Belgier haben dann auch einen Umschwung in der Stimmung erwirkt, und man hat jetzt den Eindruck, daß die Kohlenfrage die einzige ernstliche Schwierigkeit sein wird. So wird es nämlich von

Das Steuerfiasko

Von Dr. R. Kuczynski, Direktor des Statistischen Amtes Berlin-Schöneberg.

Das Reichsfinanzministerium hat endlich nach fast sechs-jähriger Pause die Veröffentlichung der Steuereinnahmen, die es nie hätte einstellen sollen, wieder aufgenommen. Die Nachweisung umfaßt die zehn Monate vom April 1919 bis zum Januar 1920. Das Ergebnis ist geradezu niederschmetternd. Während in den Haushaltsplan für die zwölf Monate vom April 1919 bis zum März 1920 insgesamt 13 542 Millionen aus Zöllen, Steuern und Gebühren eingestellt waren, brachten die zehn Berichtsmonate nur 6025 Millionen. Dabei waren die Einnahmen aus den vom alten Regime eingeführten Abgaben über Erwarten hoch. So brachten die Zölle 652 Millionen, d. h. reichlich ebensoviel wie vor dem Kriege, während das Finanzministerium für das ganze Etatsjahr nur 112 Millionen erwartet hatte. Das Mehr erklärt sich durch das Wiederaufleben der Einfuhr und durch die Aufschläge, die mit Rücksicht auf die Verschlechterung unserer Valuta erhoben wurden. Die Zigarettensteuer ergab 564 Millionen, d. h. ebensoviel wie im Vorjahre, aber weit mehr als das Finanzministerium veranschlagt hatte, das für das ganze Etatsjahr mit nur 420 Millionen gerechnet hatte. Weit übertroffen wurden auch — infolge der hohen Preise — die Erwartungen aus der Weinsteuer, die dem Fiskus 311 Millionen zuführte, gegenüber einer veranschlagten Gesamteinnahme von 100 Millionen. Aus demselben Grunde erbrachte auch die Rohlensteuer ein Mehr, nämlich 1007 Millionen gegenüber insgesamt erwarteten 790 Millionen. Eine Enttäuschung bot andererseits, wie stets bisher, die Umsatzsteuer, die trotz der ungeheuren Preissteigerung nur 589 Millionen abwarf, während das Finanzministerium im ganzen 900 Millionen ange-seht hatte. Insgesamt erbrachte die alten Abgaben, die für das ganze Etatsjahr zu 4042 Millionen veranschlagt waren, schon in den ersten zehn Monaten rund 4900 Millionen. Dazu kamen 1074 Millionen aus den nicht in den Etat eingestellten Kriegsgewinnsteuern von 1916, 1917 und 1918.

Um so fürchterlicher wurden die Hoffnungen, die das Reichsfinanzministerium an die Steuerreform von 1919 geknüpft hatte, enttäuscht. Schiffer hatte im April 1919 als Einnahme „aus neuen Steuern“ in den Haushaltsplan von 1919 7 Milliarden eingestellt. Erzberger hat diesen Posten im Oktober 1919 fröhlich auf 9 Milliarden und im Januar 1920 — ohne neue Steuern anzufordern! — um „Dedung“ für Kriegsteuerzulagen zu finden, auf 9½ Milliarden erhöht. Und das Ergebnis? Die sämtlichen im Jahre 1919 beschlossenen Steuern (auf Tabak, Zündwaren, Spielkarten, Grunderwerb, Umläge, Erbschaften, Kriegsgewinne, Vermögenszuwachs, Vermögen) brachten bis zum 31. Januar 1920 noch nicht 50 Millionen! Einzelne dieser Abgaben lieferten bis zu diesem Zeitpunkt überhaupt keinen Pfennig, andere wiederum lächerlich geringe Summen, z. B. die außerordentliche Kriegszugabe 1 201 000 Mark, das Reichsnotopfer 126 500 Mark! Die letzten beiden Monate des Etatsjahrs, Februar und März, über die leider die Nachweise zurzeit noch fehlen, werden hoffentlich eine kleine Wendung zum Besseren gebracht haben; aber wir werden schon zufrieden sein müssen, wenn die Gesamteinnahmen des Reichs aus Zöllen, Steuern und Gebühren im Etatsjahr 1919 schließlich 8 Milliarden erreichen werden.

In dem Haushaltsplan für 1920 sind nun die Einnahmen aus den Abgaben, für die 1919 13 542 Millionen M. eingestellt waren, auf nicht weniger als 22 897 Millionen veranschlagt worden. Man braucht kein gelehrter Prophet zu sein, um vorauszufragen zu können, daß dieser Anseh bei weitem zu hoch ist. Um wieviel der tatsächliche Betrag hinter den Erwartungen zurückbleiben wird, läßt sich aber schwer berechnen, da die Steuereinnahmen zum Teil von der heute nicht übersehbaren Preisgestaltung abhängen werden. In dem jetzt abgelaufenen Vierteljahr, von April bis Juni, übersteigen diese Einnahmen vermutlich nicht 3 Milliarden. Unsere monatlichen Ausgaben aber betragen — ohne unsere Verpflichtungen an die Entente — reichlich 4 Milliarden. Kein Wunder, daß da unsere Schulden dauernd wachsen. Ueber die Gesamthöhe dieser Schulden werden leider immer wieder unvergleichbare Zahlen veröffentlicht. Für den 31. März wurden nachgewiesen: fundierte Schuld 92,0 Milliarden, schwebende Schuld 105,0 Milliarden, Gesamtschuld 197,0 Milliarden. Die 105,0 Milliarden schwebende Schuld wurden gegliedert in 91,5 Milliarden „durch Distorsionierung von Schahwechseln entstandene“ und 13,5 Milliarden „Verpflichtungen und Zahlungsverprechen“. Für den 30. April wurde die schwebende Schuld mit 117,1 Milliarden nachgewiesen, gegliedert in 85,0 Milliarden „distorsionierte Schahausweisungen“, 13,5 Milliarden „weitere Zahlungsverpflichtungen aus Schahausweisungen und Schahwechseln“ und 8,7 Milliarden „Sicherheitsleistungen mit Schahausweisungen und Schahwechseln“. Dazu kamen dann die fundierte Schuld von 92 Milliarden, so daß man mit einer Reichsschuld von 209 Milliarden rechnen mußte. Am 1. Juli aber erklärte Finanzminister Birtz im Reichstage: Am 30. April betrug unser Schuldenstand 200 Milliarden Mark, darunter 108 Milliarden schwebende Schulden, wobei den schwebenden Schulden auch die Verpflichtungen und Zahlungsverpflichtungen beigegeben waren. Gegenwärtig beträgt die Schuld des

Reiches rund 209 Milliarden, darunter 107 Milliarden diskontierte Schatzanweisungen und 10 Milliarden undiskontierte Schatzanweisungen aus Zahlungsverpflichtungen. Die Angaben für Ende April waren also mit denen für Ende März nicht vergleichbar, ebensowenig die Angaben für Ende Juni mit denen für Ende April. Bei Einrechnung der Verpflichtungen des Reiches an Länder und Gemeinden aus der Ubergabe der Staatsbahnen und aus Kriegsaufwendungen erhöht sich die Reichsschuld für Ende Juni von 209 auf 265 Milliarden. Darin sind aber offenbar noch nicht einbezogen die für April nachgewiesenen 8,7 Milliarden „Sicherheitsleistungen mit Schatzanweisungen und Schatzwechseln“.

Steuerbehörden sind überall unbefriedigt. Aber nirgends sonst ist wohl das Mißtrauen und die Mißachtung gegenüber der Finanzverwaltung so groß wie bei uns. Die Arbeiterkassen sind mit Recht darüber ergrimmt, daß sie die Einkommensteuer von ihrem gegenwärtigen hohen Lohn zahlen soll, während die Unternehmer einweisen nach ihrem früheren, niedrigeren Einkommen veranlagt werden. Die Unternehmer aber machen sich darüber lustig, daß z. B. die im September 1919 durch Gesetz verkündete Kriegsgewinnsteuer noch immer nicht erhoben wird und erklären auf Grund ihrer Erfahrungen in den letzten Jahren, niemand sei in Deutschland so feuerscheu wie die Steuerbehörden. Es wird nachgerade Zeit, daß diesem Stande ein Ende gemacht wird. Und mit der Beseitigung der Unordnung bei den Steuerbehörden muß auch die Unordnung in der Berichterstattung über die Reichsschulden aufhören.

Scheidemanns Unzulänglichkeiten

Herr Victor Hahn, der Besitzer und Herausgeber des „Uhr-Abendblatts“, der sich gelegentlich in der Rolle eines politischen Lehrmeisters für das deutsche Volk und seine Parteien gefällt, hat neulich einmal in seiner Zeitung die Rechtssozialisten ernstlich getadelt, weil sie die Unabhängigen nachließen. Der Vorwurf aus diesem Munde und an dieser Stelle scheint Herrn Scheidemann wichtig genug, um in demselben Blatte eine ausführliche Rechtfertigung seiner Partei vorzutragen. In der überlegen höhnischen und hämischen Art, die seine Auslassungen neuerdings auszuzeichnen pflegt, und die auch seine letzte Rede im Reichstag zu einer so unerfreulichen Leistung machte, beschäftigt er sich zunächst mit dem Genossen Ledebour und sucht ihm mit der scharfen Klinge seiner billigen Wigaleien beizukommen. Dann erzählt er noch einmal, daß an seiner Person die Einigung der Arbeiterkassen nicht scheitern werde und zeigt damit nur, wie sehr er die Bedeutung seines eigenen Ich überschätzt. Er sollte eigentlich wissen, daß, wenn in unseren Reihen von der Unmöglichkeit gesprochen wird, sich mit Scheidemann zu vereinigen, nicht sowohl der frühere Ministerpräsident und der gegenwärtige Oberpräsident von Kassel gemeint ist, sondern die Volkspartei, die mit seinem Namen gekennzeichnet ist.

Endlich zur Sache kommend, versichert der wichtige Philipp dann, daß die sozialdemokratische Partei den Unabhängigen nicht nachlaufe, sondern im Gegenteil hoffe, die unabhängigen Wähler würden sich eines guten Tages doch wieder zu den Rechtssozialisten zurückfinden und mit ihnen unter dem Banner kämpfen: „Durch die Demokratie zum Sozialismus!“ In diesem Zusammenhang orakelt er natürlich wieder einiges von Demokratie und Diktatur und erbringt dabei aufs neue den Beweis, daß er von diesem Problem genau soviel versteht wie etwa Herr Victor Hahn.

Es liegt uns fern, seine Hanswurstduden zum Anlaß für eine ernsthafte Diskussion zu nehmen; wir möchten aber nicht unterlassen, ihm die Lektüre eines dieser Tage in der „Vossischen Zeitung“ zum Abdruck gelangten Vortrags von Walter Rathenau über „Demokratische Entwicklung“ zu empfehlen, in dem an dem Wesen der formalen Demokratie, die Rathenau ganz zutreffend lieber als liberal-fortschrittliche Demokratie bezeichnen möchte, eine Kritik geübt wird, die im Prinzip der unsrigen einermachen nahekommt. Allerdings zweifeln wir daran, daß diese Lektüre Herrn Scheidemann irgendwie beeinflussen wird, denn Vorbedingung des Verständnisses einer Sache ist die Fähigkeit, sich in sie zu vertiefen, und an der fehlt es selber dem worte- und mächtigsten Führer der Rechtssozialisten vollständig.

Henri Barbusse:

Brief an einen Anarchisten

Berehrter Freund!

Empfangen Sie herzlichsten Dank für die Freundschaftsversicherungen Ihres letzten Briefes, die der Clarie und mir gelten. Ich möchte mich zu den Vorwürfen äußern, die Sie mir wegen meiner Meinungen über die Anarchisten machen. Es handelt sich um die Bedeutung des Wortes „Anarchist“. Zwischen dem Begriff Anarchie, der im Tagesgebrauch Anordnung bedeutet und dem Begriff Anarchist, der eine praktische und theoretische Lehre bezeichnet, besteht ein ungeheurer Unterschied, der, wie ich Ihnen zugebe, von den Verehrern der unheilvollen kapitalistischen Ordnung in verschiedener Weise ausgebeutet wird.

Ohne weiteres erkenne ich an, daß die anarchische Lehre, die die Verwirklichung des Kommunismus erstrebt, der nicht auf einem Zwangsmittel, sondern nur auf der freiwilligen Vereinbarung aller beruht, eine Lehre von großem moralischen Wert ist, und daß es unmöglich ist, einem solchen Plan der Gestaltung des öffentlichen Lebens seine Sympathie zu verweigern. Aber ich will Ihnen wiederholen, was ich oft Ihren Kameraden der Idee und der Tat gesagt habe, unter denen ich viele sehr gute Freunde habe: Dies Ideal, das das ganze Gebäude der Gesellschaft lediglich auf den freien Willen der Einzelnen stützt, ist zu schön, und bei dem gegenwärtigen Geisteszustand der Menschen wird das praktische Ergebnis gleich Null sein.

Viele Jahrhunderte werden noch vergehen, und die Gefährlichkeit des kapitalistischen Systems wird die Menschheit noch durch Kriege und Katastrophen hegen, bevor jeder aus freiem, innerem Trieb das Rechte denkt und tut und sein Lebenswert harmonisch der menschlichen Gesamtleistung einfügt, bevor die erträumte zukünftige Gemeinschaft entsteht.

Wir verwerten die anarchische Lehre nicht wie die nachsüchtige Bourgeoisie, die den Anarchismus in rasender Wildheit zu Boden stampfen will. Aber wir finden, daß sie bei den wirtschaftlichen Krisen, die sich von Tag zu Tag vergrößern, nicht die Kraft hat, der organisierten Unterdrückung durch die Klasse, die wie ein Reitermeister herab, zu widerstehen und daß sie nicht die Mittel hat, sich an ihre Stelle zu setzen. Die sozialistische Lehre, die bescheidener ist, will die soziale Wahrheit nicht aus dem Abgrund des Ich ziehen; sie wendet sich an die Anstrengungen der Massen, an die Systematisierung der Willen auf der Grundlage einiger Lehren von gesundem Menschenverstand und schließlich an die Herrschaft der Gesetze. Sie ist, wie Sie wissen, trockener, und in gewissem Sinn abstrakter, aber sie ist viel positiver und bietet die einzige erfolgreiche Lösung. Ihre wirklichen Ergebnisse häufen sich,

Das Menetekel

Die Unversität hatte gestern ihren großen Tag. Die Nachricht, daß Genosse Ledebour und der von den Reaktionsären gehobte Professor Nicolai sprechen würden, hatte tausende und aber tausende auf die Beine gebracht. Lange vor Beginn war der Riesenraum des „Auditorium Maximum“ bis zum letzten Platz gefüllt, so daß sich die Massen in den Vorgärten und auf der Straße häuften. Der Rektor Meser ließ in seiner Angst (so viel Arbeiter hatte er noch nie beisammengesessen) die Sicherheitswehr anrufen. Aber auch die „Grünen“ waren hiflos. Bis in die Nacht standen die Menschen, nachdem im Lustgarten Parallelsammlungen abgehalten worden waren, um auf die beiden Referenten zu warten.

In tropischer Hitze — auf den Fensterbänken saßen noch Zuhörer — lauschten die Anwesenden den Worten Nicolais. Dieser entwickelte die Theorien des Pazifismus, bekannte jedoch, daß er von seinem Optimismus abgekommen sei, und daß auch der Pazifismus nur durch die zur Nacht gekommene Proletarierklasse verwirklicht werden könne.

Ledebour, von stürmischem Beifall begrüßt, geißelte die Verbrechen des internationalen Kapitalismus. Als Zwischenruf einiger deutschnationaler Studenten gegen die Juden laut wurden, erklärte er, „sowohl der beschnittene als auch der unbeschnittene Kapitalismus“ sei zu verdammen. Zur Frage der Kriegsschuld sei zu bemerken, daß alle kapitalistischen Regierungen den Jüdisch angehaucht, die deutsche Regierung durch ihre wahnsinnige Hege gegen Serbien aber besonders viel Schuld hatte.

Während der Rede Ledebours warf ein deutschnationaler Student eine Stinkbombe, die rasch unschädlich gemacht wurde. Der „gebildete junge Mann“ wurde gepakt und festgesetzt. Die Versammlung nahm einstimmig eine Resolution an, die die sofortige Wiedereinsetzung Nicolais verlangte. In der größten Ruhe ging man auseinander. Den Rabastudenten war die Sprengung nicht geblüht. Zum ersten Male hatte sich der proletarische Wille auch auf der Universität, diesem Bollwerk der Reaktion, durchgesetzt.

Hues Rede

Wir geben nachstehend die Rede Hues in der Sonnabend-Sitzung der Konferenz in Spaa wieder, die wir wegen Raum-mangels zurückstellen mußten. Hues spricht in dieser Rede aus, was vom internationalen Arbeiterstandpunkt zur Kohlenfrage zu sagen ist. Sie steht auch deshalb wohlwollend von Stinnes Rede ab, als sie jede nationale Phrase vermindert und nur das Sachliche hervorhebt. Die beiden Reden haben auch das ihren Inhalt entsprechende Echo in der französischen Presse gefunden. Der „Temps“ entrüstet sich über die Äußerung Stinnes, daß die Regierungen der Entente noch an der Siegerkrankheit litten, und er gibt seiner Genugtuung darüber Ausdruck, daß das Auftreten des „Kriegsgewinners“ Stinnes die Alliierten von der einzigen Krankheit heilen müsse, an der sie bisher gelitten hätten, der Uneinigkeit. Die „Agence Havas“ versucht die amtlich festgestellte Tatsache zu verschleiern, daß Stinnes nicht im Namen der deutschen Abordnung gesprochen hat, sondern als Vertreter der Großindustrie. Die „Agence Havas“ behauptet nämlich, daß die Rede, die Stinnes vor den Delegierten der Alliierten gehalten habe, vorher den Vertretern der Reichsregierung in Spaa bekanntgegeben worden sei.

Neben diesen Bemühungen, die temperamentvolle Sprache des Herrn Stinnes in ihrem Sinne auszubeuten, läßt die Pariser Presse doch erkennen, daß die sachlichen Darlegungen des Vertreters der Bergleute, Hues, auf die Konferenz einen starken Eindruck hervorgebracht haben, und daß auf Grund der Besprechungen unter Sachverständigen schließlich doch ein Einvernehmen über die Kohlenlieferungen erzielt werden dürfte, das die so sehr herbeigewünschte Befreiung des Ruhrgebietes hinauschieben könnte.

Die Rede Hues in der Sonnabend-Sitzung der Konferenz lautet:

Ich will darauf verzichten, auf die Zahlen, die Herr Millerand gestern genannt hat, einzugehen, wie ich mich überhaupt einer großen Kürze befleißigen werde.

Ich wünsche, daß wir die Bittern, die uns Herr Millerand gegeben hat, und die Herr Stinnes ja ebenfalls zum Teil ergötzt hat, in einer Kommission von Sachverständigen beraten. Ich gebe ohne weiteres zu, wie mir aus Besprechungen und den Zeitungen bekannt ist, daß in Frankreich eine erhebliche Kohlennot herrscht. Es ist aber auch zweifellos, daß die von Herrn Ministerpräsidenten Millerand angegebenen Ziffern für Deutschland die Kohlenversorgung in Deutschland zu gut erscheinen lassen.

Wir deutschen Bergarbeiter-Delegierten sind der Überzeugung, daß wir die Kohlennot als internationales Uebel nur durch internationale Zusammenarbeiten aller in Frage kommenden Faktoren lösen können. Wir haben unter uns genau überlegt und wir sind zu der Überzeugung gekommen, daß die Ausführung des Vorschlages Millerands

keine Beseitigung der internationalen Kohlennot bedeuten, sondern das Uebel nur noch verschlechtern würde. Wir sind also zu der Überzeugung gekommen, daß dieser Vorschlag praktisch un-durchführbar ist, und haben deswegen eine besondere Dar-beratung in einer Kommission gewünscht.

Trotz ihrer starken Unterernährung und der dadurch hervorgerufenen Mordbitterkeit und Mordlust haben sich die deutschen Bergarbeiter diesem Frühjahr entschlossen, durch das Verschaffen von Uebel-schichten die Kohlennot im eigenen Lande zu mildern und so die Beseitigung an die Entente möglichst durchzuführen zu lassen. Die deutschen Bergbauunternehmer haben zwar vorgeschlagen, daß die Arbeitszeit regelmäßig weiter verlängert werden solle, aber es ist einlach ausgeschlossen, daß eine weitere Verlängerung der regel-mäßigen Schichtzeit eintreten kann, sondern die deutschen Berg-arbeiter haben, wie die englischen und amerikanischen Berg-arbeiter, als Ziel die sechsstündige Schichtzeit, weil sie der Überzeugung sind, durch die sechsstündige Schicht nicht die Kohlen-lieferung zu schädigen, sondern sie sogar mit der Zeit zu heben.

Die entscheidende Frage, mit der wir an die Erörterung der Erhöhung treten, ist: wie machen wir die Berg-arbeiter leistungsfähiger und wie machen wir sie arbeit-freundlicher? Wir können hier beschließen, was wir wollen, eine Konferenz von Diplomaten kann beschließen, was sie will; letztes Endes wird in den Bergbauzentren darüber entschieden, wie die Förderungserhöhung zu ermöglichen ist, und wie sie überhaupt vor-sich gehen soll. Aus diesem Grunde werden Zwangsmaßnahmen regeln oder auch nur Androhungen von Zwangsmaßnahmen mit das Gegenteil von dem beabsichtigten Zweck erreichen; darüber sollte man sich von vornherein klar sein, um von diesen Faktoren zu einer Verständigung zu kommen.

Wir deutschen Bergarbeiter-Delegierten sind der Einladung nach Spaa gern gefolgt in der Hoffnung, hier mit den Vertretern anderer Länder zu verhandeln, nicht allein zum Zwecke des Wiederaufbaus Frankreichs, sondern der ganzen Welt. Zu dieser Mitarbeit er-lären wir als Vertreter der deutschen Bergarbeiter-Organisation uns jederzeit bereit. Ich kann die Vertreter der Entente-Regierungen nur dringend bitten, uns diese Mitarbeit zu ermöglichen.

Der Arbeitsplan des Reichstags

Die durch die Verhandlungen in Spaa unterbrochenen Beratun-gen des Reichstags werden, wie wir aus parlamentarischen Krei-sen hören, voraussichtlich am 28. Juli wieder ausgenommen und bis zum 6. August andauern. Es werden noch die wichtigsten Ge-etze verabschiedet, außerdem Beschlüsse über die Ergebnisse der deutschen Unterhändler mit den Vertretern der Entente in Spaa herbeigeführt. Am 6. August soll dann die Vertagung des Parlaments bis Mitte September erfolgen.

Die Regierungsbildung in Bremen

Die Bremer Bürgerchaft hatte laut Verfassung einen 15-glied-rigen Ausschuss gebildet, dem die Regierungsbildung oblag; an diesem Ausschuss hat die U. S. P. sich nicht beteiligt. Da die U. S. P. die stärkste in der Bremer Bürgerchaft ist, trat der Ausschuss an sie mit dem Ersuchen heran, entweder die Regie-rungsbildung zu übernehmen, oder sich bereit zu erklären, in einem Geschäftsenat mitzuwirken. Beide Ersuchen wurden von der U. S. P. fraktion abgelehnt. Die Deutsche Volkspartei als zweit-stärkste Fraktion machte nun den Vorschlag, eine Koalitionsregie-rung aus der Deutschen Volkspartei, der demokratischen Partei und den Rechtssozialisten zu bilden. Der Vorschlag fiel ins Woh-le, weil die Rechtssozialisten ablehnten. Da auch die alte Koo-lition unmöglich war, schlugen die Demokraten einen Geschäft-senat vor, der nicht nach ausgesprochen politischen Gesichtspunkten gebildet werden sollte. Auch das machten die Rechtssozialisten nicht mit, sobald nunmehr ein sozialistisch-reiner Geschäftsenat bestiehe, der hauptsächlich die Geschäfte bis zur Erledigung des Haupt-geschäftes führen und mit den Bürgerchaftsneuwahlen abtreten wird. Die U. S. P. fraktion ließ durch ihren Vorsitzenden erklären, daß sie der Vorschlagsliste für die Regierung nicht zustimme, da es außer Frage sei, daß der Geschäftsenat den Interessen der revolutionären Bewegung schurkisch zuwider handeln werde.

Als Kuriosum sei noch die Stellungnahme der Bre-mer Kommunisten erwähnt, die fünf Vertreter in der Bür-gerchaft haben. Sie erklärten, daß sie es garnicht begreifen können, weswegen die U. S. P. nicht in die Regierung eintrete. Es sei die historische Aufgabe der U. S. P., in die Regierung ein-zutreten, um dort Kräfte und Konflikte zum Austrag zu bringen und dadurch die Revolution voranzubringen. Die U. S. P. Frak-tion lehnte diesen Krisis-Vorschlag kurz, aber entschieden ab.

Mittwoch, den 14. Juli, ist in Groß-Berlin Jahlabend

Parteilosen! Nutzt die Gelegenheit zum Erwerb der Mitgliedschaft der Verlagsgenossenschaft „Freiheit“ und zur Zeichnung von Anteilsscheinen. Ihr schafft damit die Möglichkeit zum Ausbau Eures eigenen Unternehmens und zur Ausbreitung Eurer Presse.

Um schließlich ein Tatsachenzusammenhang zu bringen: wir können nicht begreifen, wie wild das sozialistische Experiment in Rußland, das in dieser Menschheitskrise so wichtig ist, von den Soldaten der schwarzen Fahne bekämpft worden ist.

Die Arbeiterbewegung in China

Nach den Untersuchungen des englischen Genossen Jax, die Genosse Georg Stoll (Wag) übermittelt, gab es in der letzten Zeit in China vier große nationale Volks- und Arbeiterparteien, darunter zwei, die sich ausdrücklich als sozialistisch bezeichnen. Die älteste Organisation ist die von dem Arbeiter-schlosser Wen in Shanghai noch vor der Republik gegründete „Republikanische Arbeiterpartei Chinas“ (dieses Programm Jax gleich den anderen Parteiprogrammen ins Eng-lische übertragen hat). Dieses Programm zeichnet sich, in Bezug auf den chinesischen Charakter, durch die folgenden Punkte aus: „Unsere Genossen sollen alle ordentlich, ehrenhaft, schissam und zuverlässig sein. Nach ihrem Verhalten wird das Volk unsere Partei beurteilen.“ Gefordert wurde von der „Republikanischen Arbeiterpartei“ die geistige Erziehung und grünelte die Bildung des niederen Volkes (abermals charakteristisch für das scholastisch-traditionelle China), die Bekämpfung der Rote in den unteren Schichten und ihre Organisation als eine „das Böse erkennende und bekämpfende“ Klasse. Im Einzelnen gefordert die Vertiefung der Arbeitsetze, eine parlamentarische Oppositionspolitik usw. Die Partei war von Wen fast militärisch organisiert (unter männlichen und weiblichen (1) Hauptleuten für jeden Provinzbezirk); durch einen Streit setzte sie eine Lohnerbhöhung durch, doch ließ sich der Führer schließlich von Regierungspolizei zu einem Aufstand provozieren und wurde hingerichtet.

Die neuere „Sozialistische Partei Chinas“ wurde dann unmittelbar nach der chinesischen Revolution im Jahre 1911 gegründet. Ihre vielen Artikel bezeichnen Genosse Jax als reichlich unklar und noch keinesfalls sozialistisch im zeitgenössischen europä-ischen Sinne. Sie ist keine eigentlich revolutionäre, sondern in vielen Einzelheiten eine Reformpartei, die z. B. Abschaffung des Erbschafts, die Erhebung einer einzigen Steuer vom Grund und Boden (single tax) verlangt. Die chinesischen Sozialisten über-nahmen dabei zunächst die Gedanken von den Japanern (und im-direkt offenbar von amerikanischen und englischen Reformen), sie versprochen die europäischen Grundzüge „mit Ausnahmen“ und beschließen, in den Versammlungen von Shanghai fremd-

Ihre Kraft wächst im Gegensatz zur stürmischen und wunderbaren Lehre des individualistischen Anarchismus. Es ist übrigens nicht richtig, daß der kollektive Zwang Sklaverei auferlegt; denn dieser Zwang ist vernünftig.

Wir meinen, daß die Verwirrung des anarchischen Geistes dem Fortschritt des sozialen Lebens schadet, indem sie den Widerstand gegen die sozialistische Logik vermehrt. Viele berühmte Schrift-steller und Denker teilen die hochherzigen, aber utopischen und heillosen Meinungen der Anarchisten. Da sie den Fortschritt der Zivilisation nur in der freien, moralischen Entfaltung der Indi-viduen erblicken, haben sie kein Interesse am Kollektivleben, an den praktischen Organisationen des Sozialismus. Diese Intellektuellen graben zwischen der herrschenden Ungerechtigkeit und der Voll-endung der Gerechtigkeit gefährliche Abgründe.

Der innerliche Wert hervorragender Menschen, die ihr Leben nach ihrem Ideal bilden und die nur der Stimme ihres Gewissens folgen, um sich einer großen universalen Lehre anzupassen, kann uns die Uebelstände nicht verbergen, die entstanden sind und immer entstehen werden, wo Gefühlslüberschwang und Mystik sich ins Leben der Wirklichkeit drängen. Wenn man das Prinzip der Frei-heit in seiner Uebertreibung annimmt, kommt man zum Mißbrauch der Freiheit. Außerdem führt das Betonen des Menschentums innerhalb der sozialen Frage wider Willen zur Verhärtung der kapitalistischen Sophismen. Die kapitalistischen Theoretiker be-haupten, daß das kapitalistische System, das Jahrhunderte über-dauert hat, tief in der menschlichen Natur wurzelt und daß man es als Naturerbst betrachten muß; eine Aenderung zu verlangen, sagen sie, wäre daher absurd. Diese Behauptungen sind die grausamsten Lügen, mit denen man die Neuarer niederschmettern will. Man muß zugeben, daß alle Lehren, die die soziale Frage auf quasi religiöse Weise lösen wollen, diesen Sophismen teilweise recht geben, soweit sie auch sonst von der Meinung der Autoritäts-Vorkämpfer entfernt sind. Der Sozialismus dagegen betrachtet die gegen-wärtige soziale Ordnung als ein künstliches und überflüssiges Ge-bäude, das sich nur durch Gewalt und Betrug bis heute erhalten hat, und glaubt, daß, wie lächerlich auch ihr Zwang auf den Massen lastet, sie nur besteht, weil die Massen sie nicht kennen. Die Anarchisten fordern, daß der Mensch sein Herz öffnet und gut ist, die Sozialisten fordern nur, daß er die Augen öffnet und vernünftig ist.

Sie haben Recht, wenn Sie schreiben, daß unsere Ziele ähnlich sind, und das ist die Hauptsache. Aber da es sich um ein Ideal handelt, das vollständig zu erobert ist, muß man diejenigen, die den Glauben an die Fortschritte auf dem Weg zum Ziel verringern, bekämpfen. Außerdem führt die Leidenschaft geistiger und moral-ischer Unabhängigkeit und die Ablehnung gegen jeden äußeren Zwang die anarchische Mentalität manchmal ins Absurde. Solche Anarchisten sind antisozialistisch, ja sogar antisozial.

Die Ordnungshüter

Nach dem Niederwerfen des Kapp-Putsch hatte die Regierung die Zusicherung gegeben, alle konterrevolutionären Formationen aufzulösen und in die Sicherheitspolizei organisierte Arbeiter aufzunehmen, damit der Republik jederzeit eine zuverlässige Schutztruppe zur Verfügung stehe. Aus dieser Zusicherung ist in der Praxis gerade das Gegenteil gemacht worden. Die konterrevolutionären Formationen wurden nicht aufgelöst, sondern sie bekamen den ehrenvollen Auftrag, im Ruhrgebiet die Arbeiter niederzuknüppeln. Nachdem dieses Geschäft gründlich besorgt war, wurden die Truppen zum Teil in die Reichswehr aufgenommen, zum Teil kamen sie zur Sicherheitspolizei und die organisierte Arbeiterschaft wurde in den Mond. Fast die gesamte Sicherheitspolizei des Ruhrgebietes ist aus ehemaligen Kalkülern gebildet. Ebenso haben die Meutererbrigaden Ehrhardt und Löwenfeld einen großen Prozentsatz ihrer Leute dorthin abgestoßen. Im Sennelager, dem Stützpunkt des Frontbundes, wird der Verwandlungsprozess vollzogen. Dort kann man in einer Nacht vom konterrevolutionären Kalkülern zu einer zuverlässigen Staatsfähige im grünen Gewand werden. Der Grad der „Zuverlässigkeit“ dieser Leute aber mag an einer Notiz im katholischen „Westfälischen Volksblatt“ ersehen werden, das aus dem Sennelager berichtet:

Mehrere Beamte der Sicherheitspolizei hatten in der Nacht zum 3. Juli im Zentraltheater Henke im Sennelager bis zum frühen Morgen stark dem Alkohol zugesprochen. Im Lokal befanden sich auch zwei Kuffen, von denen der eine mit seinem Inhalt prunkte. Gegen 8 Uhr wurde aufgedeckt. Die Kuffen gingen mit den Sicherheitsbeamten den Weg nach Staumühle. Untermwegs wurde eine mitgenommene Flasche Schnaps noch im Freien getrunken. Plötzlich zog der Sicherheitsbeamte Hirt, der erst kürzlich von der Marinebrigade zur Sicherheitspolizei übergetreten war, seinen Revolver, lud die Waffe und verlangte von den Kuffen ihr Geld. Der erste Kuffe packte gleich seine Taschen aus und lief fort. Nun wandte sich Hirt an den anderen. In diesem Augenblicke fiel ein Schuß und der Kuffe fiel ins Herz getroffen, tot nieder. Ob nun der unglückliche Schütze den Getöteten ohne Absicht oder nach einem wohlüberlegten Plane erschossen hat, wird die Untersuchung ergeben. Wahrscheinlich handelt es sich um einen Raubmord, da bei der Leiche nur 55 M. gefunden worden sind. Der Erschossene sollte in diesen Tagen in seine Heimat transportiert werden, er ist verheiratet und Vater von sieben Kindern.

Diese Tatsachen charakterisieren die ganze Trostlosigkeit unserer politischen Zustände. Will man nicht annehmen, daß die Regierung aus purer Verzweiflung die reaktionäre Marinebrigade zur Sicherheitspolizei gemacht hat, so bleibt nur übrig, aus diesem Vorgang den Schluß zu ziehen, daß die Regierung, zu ohnmächtig, das reaktionäre Truppengebilde aufzulösen, diese schwarz-weißen Gegenrevolutionäre zur Stütze der Verfassung des freiesten Landes der Welt berufen hat, um ihre absolute Ohnmacht gegenüber diesen Elementen zu verbergen.

Deutsche monarchistische Offiziere in Budapest

T. U. Wien, 12. Juli.

Hier verläutet, daß in Budapest sich 200 reichsdeutsche Offiziere befinden, welche nach dem Kapp-Putsch nach Budapest geflüchtet sind. Sie haben sich in zwei Offizierskompagnien organisiert und beziehen ihr Offiziersgehalt von einem monarchistischen Fonds in Deutschland.

Ebenso befindet sich in Ungarn, nahe der serbischen Grenze, eine starke Gruppe österreichischer monarchistischer Offiziere, die aus einem ähnlichen Fonds bezahlt werden. Es ist also klar, daß Ungarn für die monarchistischen Militärs Mittel- und Ost-Europas ein Stützpunkt ist.

Diese Meldung spricht nur aus, was uns längst gewißheit ist. Die deutsche, deutsch-österreichische und die ungarische Reaktion arbeiten sich getreulich in die Hände. Während in Ungarn der Schrecken der militärischen Gegenrevolution mit ungezügelter Brutalität herrscht, wird in Deutschland und Deutsch-Österreich der Ausbruch dieser Reaktion nur durch die starke sozialistische Arbeiterschaft verhindert. Die Tatsache, daß die Kapp-Putschisten nach Ungarn verdrängt konnten, kennzeichnet die Schärfe und die Energie, die man zur Verfolgung der Hochverräter aufgewendet hat.

Steuergesetze und Beamtenfrage

Man schreibt uns:

Im Haushaltsauschuss des Reichstages wurde vom Staatssekretär Moreske die Verzögerung der Erhebung des Reichnotopfers bedauernd unter der Begründung: „Es fehle an technisch vorgebildeten Steuerbeamten.“ Man wird sich wohl erinnern, daß im Herbst v. J. 1500 Beamte auf Staatskosten für die neuen Steuergesetze in viermonatigen Kursus ausgebildet wurden. Diese Kursustell-

Referenten anzuhören. Aber schon nach der ersten derartigen Versammlung in Shanghai wurde der Vorsitzende der Pekinger Gruppe Chi Lung wegen Gründung eines „Geheimbundes“ von „Dieben und Mördern“ und wegen Zugehörigkeit zur Partei, deren Ziele als „identisch mit dem russischen Bolschewismus“ bezeichnet wurden, in Pekin verhaftet und, ebenso wie vorher Wen, hingerichtet. Dasselbe Schicksal wurde dem Gründer der mehr anarcho-sozialistischen „Partei des reinen Sozialismus“, dem Arzt Sha Kan, bereitet, und die Organisationen aller dieser Vorkämpfer wurden immer wieder vernichtet, zuletzt noch die viel mächtigere „Bolschewistische“ des Südens, die Partei des auch in Europa bekannten Dr. Sun Yat Sen, von der korrupten zentralen Beamtenchaft nach dem mißglückten großen Aufstand von Kanting niedervergerungen.

Die gegenwärtige Lage ist die, daß auch in China die heute zunehmende Reaktion allein durch den europäischen und amerikanischen Kapitalismus ausreicht gehalten und erzwungen wird, nämlich durch das stuppellose Anleihengeschäft mit einer reaktionären und verrotteten, im Land selbst bekämpften Regierung (derselbe politische System, der bekanntlich auch den Faschismus so lange Zeit aufrecht erhielt). Die westlichen Banken und auch Diplomaten nehmen dabei auf die ausdrücklichen Wünsche der liberalen Parlamentariergruppen und Beamten nicht die mindeste Rücksicht — und gelegentlich auch nicht einmal auf die Verfassung und Staatsgesetzgebung Chinas! Diese unmoralische Verbindung zwischen dem Dollar und dem europäischen Papier und andererseits einer (sogar den eigenen Kapitalisten Chinas vertrauensunwürdigen) Botschaft zu stützen und abzusichern, ist daher eine für die Zukunft des Weltproletariats nicht unrichtige Aufgabe.

Kunstaussstellung Berlin 1920. Für die Abteilung der Novembergruppe ist jetzt ein 30 Seiten starker Führer erschienen, der unter Verzicht auf kritische Wertung eine rein sachliche Erläuterung und Einführung in die Arbeiten moderner Kunst enthält und dem breiten Publikum für die Betrachtung die notwendige Anleitung gibt.

Der Kunsttopf, eine Monatschrift für Kunst, erscheint als Organ der Novembergruppe im Verlag Neudorff und Koll, Berlin-Weihensee. Einzelpreis 5 Mark, im Abonnement 50 Mark jährlich.

Schweinefleisch. Unser Angriff in Nr. 265 unter obigem Titel richtete sich nicht persönlich gegen den Inhaber der Erzeuger-Vereine, Müllerstraße, zumal er uns verweigert, die Lebens der Städter nicht gekannt zu haben, sondern lediglich gegen die lügenhafte Besetzung der zugrundegelegten sozialistischen Idee.

Protest der Gewerkschaften gegen die Preiserhöhungen

Die beiden Spitzenverbände der Gewerkschaften haben folgenden Protest gegen die geplante Erhöhung der Erzeugerpreise eingereicht:

Die Erklärung des Herrn Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft in der Sitzung des Reichstages vom 2. Juli, wonach eine Erhöhung der landwirtschaftlichen Erzeugerpreise um 35 Prozent geplant sein soll, hat eine tiefe Erregung in den Kreisen der Arbeiter und Angestellten hervorgerufen. Nachdem bereits im vergangenen Jahre die fortgesetzte Erhöhung der Lebensmittelpreise die Lage der minderbemittelten Bevölkerung außerordentlich verschlechtert hat, würde eine weitere Belastung der Konsumenten zu einer untraglichen Einschränkung ihrer Lebenshaltung und zu einer Verminderung ihrer Arbeitssähigkeit führen müssen. Schon jetzt geht aus zahlreichen Anzeichen hervor, daß bereits die gegenwärtigen hohen Lebensmittelpreise die Volksgesundheit aufs Äußerste gefährdet haben.

Wir müssen deshalb vor der Durchführung der geplanten abermaligen Preiserhöhung auf das entschiedenste warnen. Wenn auch die Erzeugerkosten für Landwirtschaft gestiegen sind, so steht doch diese Preissteigerung in keinem Verhältnis zu der jetzt geplanten Verteuerung der allernotwendigsten Lebensmittel. Im Übrigen dürfte sich die Lage der Landwirtschaft auch ohne eine Preiserhöhung durch die in Aussicht stehende günstige Ernte wesentlich besser gestalten als im vergangenen Jahre. Es darf auch ferner nicht außer acht gelassen werden, daß eine Reihe von Industrieerzeugnissen für die landwirtschaftliche Produktion verwendet wird, die bereits im Preise erheblich gestiegen sind, oder noch ansteigen werden, so daß auch bei der Landwirtschaft eine Abbau der Preise erfolgen kann.

Dieser Abbau der Preise ist um so notwendiger, als er die Voraussetzung bildet für eine Gesundung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse überhaupt. Eine Steigerung der Lebensmittelpreise ohne gleichzeitige Erhöhung der Löhne der Arbeiter und Angestellten ist für diese untraglich; eine Erhöhung der Löhne

nehmer sollten am 1. April d. J. bei Inkrafttreten der neuen Steuergeetze sofort ihre Tätigkeit aufnehmen. Von diesen 1500 Kursustellnehmern sind aber heute nur noch etwas über 800 Beamte im Staatsdienst tätig, also zirka 45 Proz. haben dieser Tätigkeit bereits wieder den Rücken gekehrt. Würden nun diese 800 Beamte ausschließlich in den neuen Gesetzen tätig sein, so könnte ein großer Teil der Arbeit flatter und hängen gehen. Dem ist aber nicht so, denn ein Teil dieser vorgebildeten Kräfte wird mit allen Gesetzen beschäftigt, in die sie sich erst eine gewisse Zeit lang einzuarbeiten müssen, so daß eine rationelle Verwertung der Arbeitskräfte nicht möglich wird.

Aber auch die anderen 45 Prozent verlorener Arbeitskräfte hätten der Steuerverwaltung erhalten bleiben können, wenn bis zum heutigen Tage eine korrekte Lösung der Gehaltsfrage erfolgt wäre. Es wurden zunächst die neuen Beamten über 25 Jahre mit monatlich 500 M. und jüngere Kräfte mit 375 Mark Vorkurs monatlang abgefunden. Jetzt ist der Vorkurs nach fast vier Monaten bei ersteren nachträglich auf 800 M. erhöht worden und noch ist keine endgültige Regelung der Gehaltsfrage abzusehen. Wenn verheiratete Kursustellnehmer mit ihren durch den Krieg schon gesundheitlich heruntergekommenen Familien mit einem derartigen Taschengeld noch Monate lang weiter hungern sollen, so ist es kein Wunder, wenn immer mehr Kräfte, nachdem die vom Reichsfinanzministerium verschiedentlich gemachten Versprechungen bis jetzt nicht eingelöst worden sind, abflittern. Dazu kommt noch, daß auch beabsichtigt ist, Kaufleute mit ihren reichen praktischen Erfahrungen und Kenntnissen in Gruppe 6 der Reichsbesoldungsordnung einzurangieren, während für die Hauptleute, Majore usw. als Kursustellnehmer die Gruppe 7 vorgesehen wird.

Soll einer weiteren Flucht der vorgebildeten Arbeitskräfte und damit der Verzögerung der Erledigung der neuen Steuergeetze vorgebeugt werden, so müssen unbedingt diese Gehaltsdifferenzen erledigt werden. Insbesondere wird man die Kräfte aus dem Handel und der Industrie, die zweifellos dem wirtschaftlichen Leben verständnisvoller gegenüberstehen als die Militärs, diesen nicht unterordnen dürfen. Auch hier sollen einzig allein Umfang und Art der Arbeit und Verantwortlichkeiten entscheiden.

Notenflut

Der soeben veröffentlichte Halbjahresausweis der deutschen Reichsbank zeigt eine bedeutende Vermehrung des Notenumlaufes. Bereits in der dritten Juniwoche waren etwa 1/2 Milliarden Mark an Banknoten und Darlehensklassenscheinen ausgegeben worden. In der letzten Juniwoche ist jetzt der gefährliche Rekord einer Neuausgabe von annähernd 2 1/2 Milliarden erreicht, sobald sich der Gesamtbetrag des in Zirkulation befindlichen Papiergeldes auf nicht weniger als 67 1/2 Milliarden Mark beläuft. Demgegenüber steht ein Metallbestand von etwa 1 Milliarde Goldmark und eine ungefähre ebenso hoch zu veranschlagende Summe fremder Devisen.

Die Anforderungen des Reiches haben sich in der Berichtswache auf ungefähr 18 Milliarden Reichsmark belaufen und diese gewaltige Summe, die durch die Distanzierung von Reichsbankwechseln ständig gemacht wird, erhöht naturgemäß den Betrag der schwebenden Schuld, da vorläufig mit einem neannennwertigen Eingang der neuen Steuern nicht zu rechnen ist, die Notenpresse also fortgesetzt zur Befriedigung der staatlichen Bedürfnisse dienen muß.

Die Inflation, unter deren Wirkung das gesamte deutsche Wirtschaftsleben leidet, zeigt demnach einen noch immer wachsenden Umfang. Die Krise der Staatswirtschaft ist nur aufgehoben, aber gewiß nicht aufgehoben.

Die erste Sitzung des thüringischen Landtages

Die erste Sitzung des Landtages für Thüringen findet am 20. Juli statt. Auf der Tagesordnung für diesen ersten Landtag im neugeschaffenen Land Thüringen steht unter anderem die Wahl der Regierung, wobei es zu einer ähnlichen Koalition kommen dürfte, wie im Reich. Wenn auch über die Besprechungen der einzelnen Parteigruppen in engeren Kreisen nichts verlautet, so sprechen verschiedene Anzeichen dafür, daß auch die Rechtssozialisten sich an der Regierungsbildung beteiligen und den bisherigen Staatsminister in Sachsen-Weimar-Bauern in die neue Regierung bringen werden. Ferner wird in verschiedenen Kreisen angenommen, daß auch Weimars erster Minister Paulsen in die neue Regierung eintreten wird. Die Unabhängigen sind nicht gewillt, in eine Regierung einzutreten, die auch bürgerliche Vertreter hat. Den bürgerlichen Parteien und zwar 11 Abgeordneten des thüringischen Landtages, 8 Abgeordneten der Deutschen Volkspartei und 4 Abgeordnete der Demokraten und Deutschsozialisten stehen 15 Unabhängige und 11 Rechtssozialisten gegenüber, so daß eine bürgerliche Mehrheit von einer Stimme vorhanden ist.

Eine Mietsteuer in Thüringen

T. U. Weimar, 13. Juli.

Der Staatsrat von Thüringen hat sich für die Erhebung einer Mietsteuer zur Förderung des Wohnungsbaues für die Gemeindefürsorge ausgesprochen. Das Gesetz soll sobald als möglich dem neuen thüringischen Landtag vorgelegt werden, um noch in diesem Jahre 50 Wohnungen in Sachsen-Weimar-Eisenach und etwa 1500 Wohnungen in Gera-Mühlhausen zu schaffen zu können. Eingehende Untersuchungen haben nämlich ergeben, daß für Thüringen zusammen von 334 396 Wohnungsinhabern 71 971 205 Mark Mieten bezahlt werden. Bleibt die Miete bis zu 100 Mark abgabefrei, so ergeben die übrigen 71 456 324 Mark bei einem 10prozentigen Mindestsatz einen Betrag von rund 10 Millionen Mark, der zur Verzinsung und Amortisation einer Anleihe, aus der die Baukosten bestritten werden sollen, dienen könnte.

begegnet aber besonders gegenwärtig dem heftigsten Widerstand der Unternehmer. Würde die Preiserhöhung beschlossen werden, so müßten die Arbeiter und Angestellten im Interesse ihrer Selbsterhaltung dazu übergehen, sich den Aufruhr für die gestiegenen Lebensmittelpreise in ihren Löhnen zu erkaufen. Daß dadurch schwere wirtschaftliche Schädigungen hervorgerufen würden, bedarf keiner besonderen Ermägung.

Wir vermögen es auch nicht als einen Ausweg anzusehen, der unsere Zustimmung finden könnte, daß eine Erhöhung der Erzeugerkosten erfolgt ohne Steigerung der Kleinhandelspreise. Dieses Verfahren ist doch nur möglich, wenn das Reich die Kosten für die Erhöhung der Erzeugerpreise tragen würde. Eine derartige Handlung ist aber unverträglich mit den Erfordernissen einer geordneten Finanzwirtschaft und führt letzten Endes doch auch nur zu einer neuen Belastung der minderbemittelten Bevölkerungskreise.

Wir erwarten aus allen diesen Gründen, daß die Regierung die Absicht der Preiserhöhung fallen läßt und mit dem von allen Seiten geforderten Abbau der Preise unverzüglich beginnt. Keinesfalls darf aber eine Erhöhung der Preise eintreten, die sogar den Widerstand eines Teiles der Landwirtschaft hervorgerufen hat.

Die beiden unterzeichneten Spitzenorganisationen der freigewerkschaftlich organisierten Kopf- und Handarbeiter Deutschlands erwarten von der Reichsregierung, daß sie in voller Würdigung des Ernstes der Lage unserem Antrage gegen die geplante Preiserhöhung unbedingt Rechnung trägt.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund:
Der Vorstand.
Arbeitsgemeinschaft freier Angestellter:
Der Vorstand.

Das kapitalistische Elend Zur Wirtschaftslage in der bergischen Kleineisen-Industrie

Aus Belbert (Mhd.) wird uns geschrieben:

Die Stadt Belbert im Rheinland ist eine Metropole der Schloß- und Schlüsselindustrie. Die Produkte der hiesigen Unternehmungen sind im Verlauf der letzten 14 Jahre in riesigen Mengen nach dem Ausland gegangen. Große Massen von Rohstoffen sind auf diese Weise der deutschen Volkswirtschaft entzogen worden. Durch das Steigen der Valuta ist auch in der Belberter Schloßindustrie eine Krise eingetreten.

Die Belberter Fabrikanten haben in den letzten Jahren geradezu ungeheure Gewinne erzielt. Die Preise für die Schlüssel und Schloß, also alles Artikel für den Massenbedarf, haben eine schwindende Höhe erreicht. Ein gewöhnliches Vorhangschloß, das man vor dem Kriege für 30 M. kaufen konnte, kostet gegenwärtig 8-9 M. Im November 1919 nahmen die Unternehmer eine Preissteigerung von 600 Proz. für das Inland und eine solche von 750 Proz. für das Ausland vor. Es haben in der Folge dann fortlaufend Preissteigerungen stattgefunden. Im Januar 1920 betrug die Preissteigerung für das Inland 2400 Proz., für das Ausland 3300 Proz. gegenüber den Friedenspreisen. Natürlich haben inzwischen wieder ganz erhebliche Preissteigerungen stattgefunden.

Die Löhne der Arbeiter haben nicht im entferntesten Schritt halten können. Erst im März 1919 gelang es der Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes, mit dem Fabrikantenverein für die hiesige Metallindustrie einen Tarifvertrag abzuschließen. Bis dahin erfolgte die Regelung der Löhne und Akkordpreise ganz willkürlich durch die Betriebsleitungen. Es ist selbstverständlich, daß bei dieser Regelung die Arbeiter sehr schlecht abgeschnitten haben. So betragen die Löhne für Handarbeiter vor dem Kriege etwa 50 M. pro Stunde. Wohlgerollt bei intensiver Akkordarbeit! Gegenwärtig erhalten die Handarbeiter 4,10 M. bis 4,70 M. pro Stunde. Für die Formier sind die Löhne etwas höher. Das entspricht einer Preissteigerung gegenüber der Friedenszeit von ungefähr 900 Proz., also noch nicht das zehnfache des Friedenslohnes.

Diese gewaltige Differenz zwischen den Löhnen und den Preisen ist in die Taschen der Unternehmer geflossen. Gewiß sind auch die Preise für Rohstoffe ganz gewaltig in die Höhe gegangen, aber lange nicht in dem Maße, um eine solche Steigerung, wie sie die Fertigprodukte erfahren haben, zu rechtfertigen. Bei einer Zusammenkunft der Fabrikantenvorstände mit den Eisen-erzeugern, machten erstere den letzteren Vorhaltungen, daß sie ganz anständige Preise für das Rohstoffe erhielten. Da erklärte der Großindustrielle Thijssen: „Ja, meine Herren, wenn Sie bei uns von „hohen“ Preisen reden, müssen wir bei Ihnen schon von unverschämten Preisen sprechen.“ Sie erhielten von uns die Tonne Eisen zu 3000 M., verkauft haben Sie dieselbe für 9000 M.“ Man sieht, wenn zwei sich streiten, erfährt der dritte die Wahrheit.

Die Verhältnisse in der Belberter Kleineisenindustrie zeigen, daß die gegenwärtige Wirtschaftskrise durch den Zusammenbruch der Kaufkraft der minderbemittelten Bevölkerung hervorgerufen ist. Der Arbeiter und Angestellte ist ganz einfach nicht in der Lage, sich jetzt Möbel zu kaufen, an denen das Schloß mitunter mehr kostet, als früher das ganze Stück. Nun sind die Unternehmer getreu ihren Ueberlieferungen bestrebt, die Folgen der Krise auf die Arbeiterschaft abzuwälzen. Ein Teil der Betriebe arbeitet verkürzt. Binnen kurzem werden viele Arbeiter zur Entlassung kommen. Man schert sich hierbei verzeihen wenig um die Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes. Paragraph 74 dieses Gesetzes schreibt ja vor, daß der Unternehmer, der Entlassungen und Betriebseinschränkungen vornehmen will, sich vorher mit dem Betriebsrat in Verbindung zu setzen hat. Immer wieder wird versucht, sich um diese unangenehme Bestimmung herumzudrücken. Man stützt sich dabei auf eine Verordnung des Demobilisierungskommissars, nach der die Unternehmer solcher Betriebe, in denen sehr viel Kriegsteilnehmer, Kriegsgefangene, Zivilinternierte zur Einstellung kommen müssen, nicht gehalten sind, sich bei Betriebseinschränkungen mit dem Betriebsrat in Verbindung zu setzen. Hierbei erkennt man die völlige Unzulänglichkeit des jamaikanischen Betriebsrätegesetzes. Für den Geist der Herren Scharsmacher ist es bezeichnend, daß ein Fabrikant einem Vertreter des Metallarbeiterverbandes gegenüber äußerte, er solle ihm die Erlaubnis geben, sämtliche Arbeiter zu entlassen, dann wolle er die Maschinen vernichten und die Fabrik in Brand legen. Jamahl, was schert die Herren der Wiederaufbau des Wirtschaftslebens, wenn sie keine riesenhaften Profite mehr machen können. Sie haben die Taschen voll, sie halten es aus, mögen dabei auch hundertaufende von Volksgenossen elend verhungern.

So zeigt es sich auch in der bergischen Kleineisenindustrie, daß der Kapitalismus nicht in der Lage ist, der wirtschaftlichen Krise Herr zu werden. Einen Ausweg bietet nur der Sozialismus. Gelangt es der Arbeiterschaft nicht, die politische Macht zu erobern, auch durch die Kräfte und Gewerkschaften Einfluß auf die Produktions- und Preisgestaltung zu bekommen, so geht sie weiter Verelendung entgegen. Jetzt sind die Läger voll. Die arbeitslosen Massen liegen hungernd und buchstäblich zerlumpt auf der Straße und können nichts kaufen. Anstelle der planlosen Profitwirtschaft, muß die planmäßige, sozialistische Gemeinwirtschaft treten. Es wird höchste Zeit dazu.

Der Entwurf eines Reichswehrgesetzes, der seit längerer Zeit schon vorliegt, dessen Beratung infolge der Märzereignisse jedoch verschoben werden mußte, wird dem Reichstag im Herbst zur Beratung gehen.

